



Wortprotokoll

über die 18. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 30. September 2015

(öffentlich)

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Schmid
3. Bürgermeisterin	Strobl
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Protokoll	Bock, Maier, Henn, Frei

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor

StRin Burkhardt

StR Dr. Dietrich

StRin Frank

StRin Grimm

StRin Kainz

StR Kuffer

StRin Dr. Menges

StR Offman

StRin Dr. Olhausen

StRin Pfeiler

StR Podiuk

StR Pretzl

StR Quaas

StR Schall

StR Schlagbauer

StR T. Schmid

StR Schmidbauer

StR Seidl

StR Stadler

StR Straßer

StR Dr. Theiss

StR Zöllner

SPD:

StRin Abele
StRin Amlong
StRin Boesser
StRin Burger
StRin Dietl
StRin Hübner
StR Kaplan
StR Liebich
StR Lischka
StRin Messinger
StR Dr. Mittermaier
StR Müller
StR Naz
StR Reissl
StRin Rieke
StR Röver
StR Rupp
StRin Schönfeld-Knor
StRin Dr. Söllner-Schaar
StRin Volk
StR Vorländer
StRin Zurek

Bündnis 90/

Die Grünen/Rosa Liste:

StR Bickelbacher
StR Danner
StRin Dietrich
StRin Habenschaden
StRin Hanusch
StRin Koller
StR Krause
StRin Krieger
StR Monatzeder
StRin Nallinger
StR Niederbühl (RL)
StR Dr. Roth
StR Utz

Freiheitsrechte, Transparenz und

Bürgerbeteiligung:

StR Dr. Heubisch (FDP)
StR Dr. Mattar (FDP)
StR Ranft (Piraten)
StR Zeilinhofer-Rath (HUT)

Bürgerliche Mitte - FW/BP:

StR Altmann (FW)
StR Dr. Assal (SPD)
StR Progl (BP)

DIE LINKE.:

StR Oraner

StRin Wolf

ÖDP:

StRin Haider

StR Ruff

ALFA:

StR Schmude

StR Wächter

Bürgerinitiative

Ausländerstopp (BIA):

StR Richter

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Dr. Blume-Beyerle

Bfm. StR Dr. Böhle

i. V. StDir Dr. Melchior

Bfm. StRin Jacobs

Bfm. StR Dr. Küppers

Bfm. StR Markwardt

Bfm. StRin Meier

StBRin Prof. Dr. (I) Merk

StSchR Schweppe

StK Dr. Wolowicz

Inhaltsverzeichnis

Umbenennung in Gremien.....	10
StR Ruff:.....	10
Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine mögliche Besetzung in RGRE-Gremien.....	11
Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine mögliche Besetzung in RGRE-Ausschüssen.....	11
Wintrichring.....	12
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.....	12
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.....	13
Ausschreibung eines Rahmenvertrages.....	13
Fortschreibung Wohnen in München V.....	14
Wohnen in München V.....	14
Ökologische Mustersiedlung in der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne.....	15
StR Podiuk:.....	15
StR Danner:.....	15
Ausbildungsattraktivität erhöhen II.....	16
StRin Wolf:.....	16
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	17
München sagt „Danke“.....	17
OBM Reiter:.....	17
Vereidigung von Frau Stephanie Jacobs als berufsmäßige Stadträtin.....	18
OBM Reiter:.....	18
Bfm. StRin Jacobs:.....	18
OBM Reiter:.....	18
Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates (GeschO).....	19
StR Wächter:.....	19
StR Richter:.....	19
Städtepartnerschaft München - Harare.....	21
BMin Strobl:.....	21
Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen.....	22
Bfm. StRin Meier:.....	22
StR Richter:.....	22

<u>OBM Reiter:</u>	28
<u>StR Schmude:</u>	29
<u>OBM Reiter:</u>	30
<u>StRin Wolf:</u>	30
<u>StR Richter:</u>	31
<u>StR Podiuk:</u>	32
<u>Evaluierung und Neuausrichtung des Zielesystems</u>	33
<u>StRin Haider:</u>	33
<u>StRin Wolf:</u>	34
<u>StR Dr. Roth:</u>	34
<u>BMin Strobl:</u>	35
<u>StRin Hübner:</u>	35
<u>BMin Strobl:</u>	36
<u>StRin Messinger:</u>	37
<u>StRin Wolf:</u>	38
<u>StR Dr. Roth:</u>	38
<u>BMin Strobl:</u>	39
<u>StR Altmann:</u>	40
<u>StRin Haider:</u>	40
<u>BMin Strobl:</u>	40
<u>StRin Haider:</u>	40
<u>BMin Strobl:</u>	40
<u>StRin Haider:</u>	41
<u>BMin Strobl:</u>	41
<u>Darstellung der aktuellen Flüchtlingssituation in München</u>	42
<u>OBM Reiter:</u>	42
<u>EU-Projekt Smarter Together</u>	43
<u>StR Amlong:</u>	43
<u>BM Schmid:</u>	43
<u>StRin Dietrich:</u>	44
<u>OBM Reiter:</u>	44
<u>Eine angemessene Aufwandsentschädigung für alle Praktikantinnen und Praktikanten</u>	45
<u>StR Dr. Roth:</u>	45
<u>StRin Messinger:</u>	45
<u>Langzeiterkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</u>	46
<u>Nahverkehrsplan (NVP) der LHM</u>	47
<u>StR Bickelbacher:</u>	47
<u>StR Dr. Mittermaier:</u>	49
<u>StR Dr. Mattar:</u>	49
<u>OBM Reiter:</u>	50
<u>OBM Reiter:</u>	50

Kommunales Wahlrecht für alle! Jetzt einführen!.....	51
StR Richter:.....	51
StR Schmude:.....	52
StR Progl:.....	52
München sagt „Danke“	53
OBM Reiter:.....	53
OBM Reiter:.....	53

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:12 Uhr

Vorsitz: OBM Reiter

Umbenennung in Gremien

Aktensammlung Seite 2449

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister! In dieser Vorlage und in den folgenden sind unterschiedliche Namen für unsere Ausschussgemeinschaft aufgeführt. Ich möchte zu Protokoll geben: Wir heißen ÖDP/DIE LINKE.

Beschluss:

Nach Antrag

**Benennung von Stadtratsmitgliedern
für eine mögliche Besetzung in RGRE-Gremien
(Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden
und Regionen Europas)**

Aktensammlung Seite 2455

Beschluss:

Nach Antrag

**Benennung von Stadtratsmitgliedern
für eine mögliche Besetzung in RGRE-Ausschüssen
(Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und
Regionen Europas)**

Aktensammlung Seite 2457

Beschluss:

Nach Antrag

Wintrichring

Sanierung und Aufwertung des Amphionparkes

Aktensammlung Seite 2459

Beschluss:

Nach Antrag

Umsetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

- Abberufung eines beratenden Mitgliedes
- Abberufung eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes
- Bestellung eines beratenden Mitgliedes
- Bestellung eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes

Aktensammlung Seite 2461

Beschluss:

Nach Antrag

Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

- Abberufung eines stimmberechtigten Mitgliedes

- Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes

Aktensammlung Seite 2463

Beschluss:

Nach Antrag

Ausschreibung eines Rahmenvertrages

über die Erstellung von Gutachten zu Eignungsprüfungen

und Arbeitsproben für die Landeshauptstadt

München

Aktensammlung Seite 2469

Beschluss:

Nach Antrag

Fortschreibung Wohnen in München V

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 2475

Beschluss:

Vertagt in den Planungsausschuss am 07.10.2015

Wohnen in München V

Aktensammlung Seite 2477

Beschluss:

Vertagt in den Planungsausschuss am 07.10.2015

Ökologische Mustersiedlung in der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne
Anträge Nr. 4369 und 4371 von
Bündnis 90/Die Grünen/RL vom
25.06.2013

Aktensammlung Seite 2479

StR Podiuk:

Wir stellen einen Antrag auf Vertagung in den übernächsten Planungsausschuss.

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir warten seit langer Zeit auf diese Vorlage. Das Vorhaben, auf der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne eine ökologische Mustersiedlung zu schaffen, ist seit Jahren bekannt. Das Planungsreferat hat uns eine wunderbare Vorlage vorbereitet. Wir sind der Auffassung, dass dies entscheidungsreif ist. Wir sagen immer, wir brauchen Wohnungen, wir brauchen *zügig* Wohnungen. Die Baugemeinschaften und andere Bewerber müssen möglicherweise höhere Grundstückspreise bezahlen, wenn wir immer wieder vertagen. Diese ewige „Vertageritis“ - gerade zum Wohnungsbau - können wir nicht mittragen. Wir bitten um Behandlung und dann um Zustimmung. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Beschluss (gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und ÖDP/DIE LINKE.):

Vertagt in den Planungsausschuss am 14.10.2015

Ausbildungsattraktivität erhöhen II
Ausbilderinnen und Ausbilder der Landeshauptstadt
München noch besser motivieren
Antrag Nr. 927 der Stadtratsmitglieder Messinger,
Hübner, Kaplan, Liebich und Vorländer vom 22.04.2015

Aktensammlung Seite 2489

Beschluss (gegen die Stimmen von ÖDP/DIE LINKE.):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wolf:

Ich verweise auf meinen Antrag im Ausschuss.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1 - 5, 10 - 21, 23 - 39, 41 und 42 (Aktensammlung Seite 2481 - 2546) werden **einstimmig bestätigt**.

München sagt „Danke“

„WIR. Stimmen für geflüchtete Menschen“

Konzert am Odeonsplatz/Königsplatz am 11.10.2015

Aktensammlung Seite 2547

OBM Reiter:

Diesen Dringlichkeitsantrag darf ich Ihnen höchst persönlich vorlegen. Sie haben vielleicht schon Zeit gehabt, ihn zu überfliegen. Es geht darum, Dankeschön zu sagen an die Zivilgesellschaft, an die vielen Helferinnen und Helfer im Ehrenamt. Das wollen wir zum Ausdruck bringen, indem wir ein Konzert „for free“ mitfinanzieren. Die Künstlerinnen und Künstler treten jeweils ohne Gage auf. Die Dringlichkeit sehe ich gegeben, weil dieses Line-up - also die Anzahl der Künstler, die dort auftreten - nur jetzt im Moment in dieser Konstellation möglich ist. Die Organisation eines solchen Konzerts mit nicht nur denjenigen, die aufgezählt sind - es sind noch ein paar namhafte Künstler in Vorbereitung - dauert normalerweise Monate, um nicht zu sagen: ein Jahr. Deswegen können wir das jetzt machen oder nicht. Ich bin sehr dafür, dass wir es tun.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit **zuerkannt**.

Vereidigung von Frau Stephanie Jacobs als berufsmäßige Stadträtin

Aktensammlung Seite 2447

OBM Reiter:

Liebe Frau Jacobs, ich freue mich, dass wir heute auch den feierlichen Akt hinter uns bringen können. Wir beide hatten einen sehr intensiven Dienststart - samstags und sonntags am Hauptbahnhof, und das an mehreren Wochenenden. Die Kollegin weiß, was auf sie zukommt! Sie will aber immer noch vereidigt werden, deswegen werden wir das hinter uns bringen. Liebe Frau Jacobs, bitte sprechen Sie den Amtseid gemäß Art. 27 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte in der von Ihnen gewählten Fassung nach.

Bfm. StRin Jacobs:

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

OBM Reiter:

Vielen Dank! Ich darf Ihnen gratulieren und Ihnen die Amtskette und einen Blumenstrauß überreichen. - (Allgemeiner Beifall)

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen**.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz. -

Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates (GeschO)

- **Neuer Ausschuss „Standortangelegenheiten für Flüchtlinge“**

- **Änderung von § 49 Abs. 3 GeschO**

Aktensammlung Seite 2451

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrter Bürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt unser Änderungsantrag vor, den Ausschuss doch größer zu gestalten, damit auch wir, die ALFA, dabei sein können. Ich glaube, ich kann mich kurz fassen, weil ich ahne, wie Sie entscheiden werden. Ich möchte es trotzdem kurz begründen. Ich halte es für einen Fehler, einen kleinen Ausschuss einzurichten. Wir vertreten genauso viele Wähler oder Bürger in München wie die Freien Wähler, die FTB, die ÖDP oder DIE LINKE. Daher halte ich es für grob undemokratisch und tatsächlich auch für einen politischen Fehler. Vielen Dank.

StR Richter:

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister! Es ist nicht nur ein politischer Fehler, diesen Ausschuss klein oder groß zu machen, sondern es ist überhaupt ein Fehler, ihn ins Leben zu rufen. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich grundsätzlich - sowie sich die Möglichkeit bietet - gegen Standortangelegenheiten für Flüchtlinge - sogenannte Flüchtlinge - in München bin. Ich bin deswegen auch ganz konkret gegen einen Ausschuss für Standortangelegenheiten für Flüchtlinge.

Unabhängig von dieser grundsätzlichen Positionierung bin ich aber auch aus naheliegenden und, wie ich denke, auch nachvollziehbaren formalen Gründen gegen einen solchen Ausschuss. Dort geht es ja nicht nur um Standortangelegenheiten, sondern auch um sehr viel Geld, um sehr viele Zumutungen an die Adresse der Münchner Wohnbevölkerung in den Stadtvierteln. Es ist keine gute Sache, das aus der Vollversammlung des Münchner Stadtrats hinauszuverlegen und in einen Fachausschuss, in einen relativ kleinen Ausschuss hineinzunehmen.

Konkret geht es um ein paar doch recht wichtige Dinge. Das geht aus den Punkten d) bis e) unter II. in der Beschlussvorlage sehr konkret hervor. Dort ist jeweils aufgeführt, welche Dinge, welche Zuständigkeiten der Vollversammlung abgenommen und diesem Ausschuss zugeschanzt

werden sollen. Dabei geht es insbesondere um Bauangelegenheiten und um Anmietungen aller Art. Das ist ein Thema, das uns inzwischen in jeder Vollversammlung aufs Neue beschäftigt, insbesondere wenn die Jahresmiete 0,5 Mio. € übersteigt. Es geht auch um nicht unerhebliche Investitions- und Bauvorhaben. Das alles soll laut dieser Beschlussvorlage aus der Kompetenz der Vollversammlung des Stadtrates herausgenommen und der Kompetenz dieses neu zu gründenden Ausschusses zugeschoben werden. Dagegen bin ich grundsätzlich.

Es ist auch völlig unerheblich, ob dieser Ausschuss nun 17 oder 20 Mitglieder umfasst. Ich bin der Meinung, das alles sind Dinge, über die die Vollversammlung des Münchner Stadtrates zur Gänze beschließen sollte und nicht bloß ein Ausschuss. Ich werde deswegen dagegen stimmen. Herzlichen Dank.

Der Änderungsantrag von ALFA wird gegen die Stimmen von ALFA **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von ALFA und BIA **beschlossen**.

- OBM Reiter übernimmt den Vorsitz -

Städtepartnerschaft München - Harare
Fortführung des Stadtratsaustauschs mit Harare -
Delegationsreise im Oktober

Aktensammlung Seite 2453

BMin Strobl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorlage liegt Ihnen vor. Sie beruht allerdings auf einem Beschluss des Ältestenrats vom 24. Juli. Wir haben uns am vergangenen Freitag im Ältestenrat noch einmal mit der Thematik beschäftigt und möchten Ihnen nach der Diskussion nun einen anderen Vorschlag machen:

Abweichend vom Vorlagentext sollen nicht sechs, sondern zehn Stadtratsmitglieder nach Harare reisen. Deswegen gibt es eine Änderung in Ziffer 3.4 Absatz 1: Gemäß Entscheidung des Ältestenrats sollen zehn Stadtratsmitglieder auf die Delegationsreise entsandt werden, nämlich drei von der CSU, zwei von der SPD, zwei von Bündnis 90/Die Grünen/RL, zwei von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung und einer von der ÖDP.

Weiter soll gemäß dem neuen Beschluss des Ältestenrats nach Möglichkeit Business Class gebucht werden. Dies ist analog § 2 der Bayerischen Auslandsreiseverordnung für Auslandsflüge zulässig. Es handelt sich hier um einen relativ langen Flug. Die in der Vorlage veranschlagten Kosten müssen sich natürlich entsprechend ändern. Die Kosten der Reise werden mit etwa 5.100 € pro Reisendem und mit insgesamt 56.000 € veranschlagt. Auch in der Tabelle in Ziffer 4 wird der Betrag entsprechend geändert. Der Beschlusstext bleibt unberührt.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen

Aktensammlung Seite 2465

Bfm. StRin Meier:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur kurz ein Hinweis: Wir beschließen heute zusammengeordnet 2.400 Plätze. Sie sehen in der Tischvorlage auch die Aufstockungen in der Richard-Strauss-Straße und in der Hofmannstraße. Insgesamt beschließen wir aber heute nur 400 Plätze dauerhaft. 2.100 Plätze haben wir nur kurzfristig für 6, 12 oder 36 Monate zur Verfügung. Wir sind jetzt wieder angehalten, darüber nachzudenken und Einrichtungen, Plätze und Immobilien zu suchen, da man in 12 Monaten wieder auszieht und in eine andere Immobilie einzieht.

Das bedeutet einen gigantischen logistischen Aufwand, weil das natürlich einen gewissen „Wanderzirkus“ auslöst. Die Menschen sind in der Regel nicht nach 12 Monaten anerkannt. Wir hoffen, dass das jetzt schneller geht. Aber wir müssen mit den Flüchtlingen, mit dem Inventar immer wieder alle paar Monate von einer Einrichtung zur anderen ziehen.

Deswegen bleibt die Daueraufgabe, Objekte und Flächen zu suchen. Vor allem bleibt die Aufgabe, Einrichtungen und Objekte zu finden, in denen wir länger als 36 Monate bleiben können - mindestens fünf Jahre - und die auch dem Standard von allgemeinen Gemeinschaftsunterkünften entsprechen. Das ist mein Petition, auch wenn wir heute eher im grünen Bereich sind. Wir sind momentan sozusagen im „Plätze-Plus“. Das bedeutet aber nicht, dass wir nachlassen können. Durch diese kurzfristigen Belegungen brauchen wir dauerhafte Standorte, an denen wir länger bleiben können. Herzlichen Dank.

StR Richter:

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Frau Sozialreferentin! Ich für meinen Teil werde wahrscheinlich als Einziger in diesem Haus heute nicht über 2.400 oder auch nur 400 Plätze abstimmen. Ich werde selbstverständlich gegen diese 2.400 Plätze bzw. 400 Plätze stimmen. Es scheint mir ein Unding. Wir haben inzwischen den 11. Standortbeschluss. Ich frage seit Monaten in diesem Haus, wie lange das noch weitergehen wird. Ich habe schon vor Monaten prognostiziert - seinerzeit war es der zweite oder dritte Beschluss -, wir werden irgendwann den zwanzigsten, dreißigsten, fünfzigsten Standortbeschluss haben. Das ist eine Entwicklung, die Sie nach wie vor,

offensichtlich ohne nachzudenken, ohne ins Grundsätzliche zu gehen, als Naturgesetz empfinden und durchwinken. Sie verstehen sich hier als Logistik-Dienstleister einer Zuwanderung, die Sie überhaupt nicht hinterfragen.

Ich halte das für gespenstisch, nicht erst seit den jüngsten Entwicklungen. Wir haben bewegte Wochen hinter uns. Ich glaube, wir alle kennen die Ereignisse der letzten Wochen, wir kennen auch die Bilder, die uns von der Flüchtlingsfront frei Haus geliefert worden sind - gerade uns hier in München. Uns allen - mir jedenfalls - ist gut in Erinnerung, dass wir einen markerweichenden Auftritt der Münchner Sozialreferentin am 15. September im Rahmen einer SPD-Veranstaltung im Berliner Reichstag erlebt haben. Er ist auf YouTube dokumentiert gewesen. Inzwischen ist er von dort verschwunden. Wenn man sich dafür interessiert, kann man diesen Auftritt aber nach wie vor aufrufen. Er ist schon entlarvend, weil er unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor Augen führt, dass auch die Verantwortlichen für die Situation, die Verantwortlichen für das Management der sogenannten Flüchtlinge am Limit sind und - wenn die Öffentlichkeit einmal nicht zuhört - sehr wohl wissen, was die Stunde geschlagen hat.

Dieser Auftritt hat es in sich gehabt. Meine Damen und Herren, ich empfehle jedem von Ihnen: Suchen Sie sich diesen Auftritt unserer Kollegin Frau Meier am 15. September einmal heraus. Dort scheint die Dramatik der Entwicklung, die Dramatik der Ereignisse durchgeschlagen zu haben. Frau Meier, ich verstehe ja, dass so etwas nicht spurlos an einem vorbeigeht. Ich verstehe auch, dass Sie mit tränenerstickter Stimme nach einem zweiten Drehkreuz rufen, als ob ein zweites Drehkreuz für die Weiterleitung von Flüchtlingsströmen und Sonderzügen schon die Lösung des Problems wäre. Ihr Auftritt war menschlich nahegehend, aber natürlich sachlich nicht unbedingt das Gelbe vom Ei an Kompetenz. Es hat keinen Sinn gestikulierend und mit tränenerstickter Stimme die Dramatik zu unterstreichen, in der Sache dann aber in der Vollversammlung so zu tun, als ginge es nur wieder einmal um 400 Plätze bzw. um 2.400 Plätze. Darum geht es nicht.

Es gibt Gott sei Dank - vielleicht nicht hier im Stadtrat, aber inzwischen auf Bundesebene - durchaus Stimmen, offensichtlich von verantwortungsvollen Politikern, die auch bereit sind, der Wahrheit der Situation ins Auge zu schauen. Diese Situation ist dramatisch. Dem dürfen wir uns nicht verschließen. Wir dürfen auch nicht so tun, als wären solche Zustände, wie wir sie vor zwei Wochen am Münchner Hauptbahnhof gehabt haben, gottgegeben. Spätestens wenn die Wiesn aufhört und die Züge wieder von Salzburg nach München fahren, werden wir solche Zustände wieder haben, die eine Katastrophe sind, eine real existierende Katastrophe.

Das ist nicht zu akzeptieren. Wie gesagt gibt es aber Gott sei Dank Politiker, die den Dingen ins Auge sehen und sich auch nicht zu schade sind, die Dinge anzusprechen. Einer von diesen Politikern ist der derzeitige CDU-Innenminister des Saarlands, Klaus Bouillon, der erst letzte Woche am 23. September eine durchaus von Dramatik durchwitterte Rede gehalten hat. Er hat sich dabei aber nicht gescheut hat, die Dinge auch beim Namen zu nennen. Ich denke, diese Dinge, die Bouillon dort angesprochen hat, gelten nicht bloß im Saarland. Sie gelten erst recht für München als eine der hauptsächlich von der Flüchtlingslawine betroffenen Städte in der Bundesrepublik.

Ich darf ein paar Sätze aus der durchaus bemerkenswerten Rede von Klaus Bouillon am 23. September hier zu Gehör bringen, um zu zeigen, dass man die Dinge schon beim Namen nennen kann und Flüchtlingsströme und die Zuweisung von Flüchtlingen nicht bloß als Naturgesetz betrachten muss. Ich darf zitieren:

„Wir haben eine katastrophal schwierige Situation in Deutschland. Teile dieser Republik sind im Chaos versunken. Das wird teilweise in den Medien noch nicht dargestellt. Wenn man den Telefonschaltkonferenzen der Innenminister zuhört, dann kann einem Angst und Bange werden. Über Integration wird kaum noch gesprochen. Und auch das ist ein Problem. Diese Republik ist zurzeit relativ handlungsunfähig. Die Verwaltungen sind beschäftigt Tag und Nacht zu improvisieren. Das ist auf Dauer nicht zu händeln. Der ungeordnete Zustrom ... - auch die Arbeiten, die bisher gelaufen sind in Bayern - ... Stellen Sie sich vor, es stehen ja noch 50.000 an der Grenze.“

An anderer Stelle seiner Rede kommt er zu einigen sehr sprechenden Details in den Flüchtlingsunterkünften sowie bei der Registrierung und Aufnahme. Ich zitiere Herrn Bouillon:

„Ich bin deshalb in Sorge, zunächst einmal aufgrund der Erfahrungen im Lager.“

Er spricht an dieser Stelle von der Zentralaufnahmeeinrichtung Lebach im Saarland.

„Wir werden alle gefordert sein. Wenn jemand glaubt, diese Integration geht problemlos, der irrt. Wir haben sehr viele Negativerfahrungen sammeln müssen. Ich habe auch lange überlegt, ob ich darüber rede. Aber zur Wahrheit gehört die ganze Wahrheit. Kommen Sie mal zu uns ins Lager und schauen Sie einmal mit welcher Anspruchsmentalität der ein oder andere seine Rechte formuliert. Hören Sie mal zu, wie die Frauen beleidigt werden,

schauen Sie einmal, wie man um die Lebensmittel kämpft, obwohl man nicht an der Reihe ist. Hören Sie mal die Lebacher, wie es im Schwimmbad zugeht. Wir haben leider Gottes auch Menschen, die sich nicht an die Gesetze halten. Hauptproblem, was den Verstoß gegen die Gesetze angeht, ist auch eine steigende Aggressivität.“

Das war der saarländische Innenminister Klaus Bouillon vor einer Woche zur Lage im Saarland. Die Lage ist in Bayern nicht anders. Wir müssen den Zahlen ins Auge schauen. Wir müssen sie auch hier im Rathaus zur Kenntnis nehmen. Wir haben dieser Tage erfahren, dass allein in den letzten drei Wochen 230.000 sogenannte Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Das sind Schätzungen aus dem Bundesinnenministerium. Für Bayern liegen die Schätzungen bei rund 190.000, die inzwischen im Lande sind. Man muss dazu sagen, dass die Behörden inzwischen längst den Überblick verloren haben. Es lassen sich keine exakten Zahlen mehr fixieren.

Die Zahl 230.000, allein in den letzten drei Wochen, stellt ein absolutes Minimum dar. Das ist nicht nur eine logistische Aufgabe. Es geht nicht nur darum, diese Leute irgendwo unterzubringen, sondern damit sind handfeste Probleme verbunden, die uns irgendwann in absehbarer Zeit auf die Füße fallen werden.

Der Münchner Kreisverwaltungsreferent Herr Dr. Blume-Beyerle hat vor ein paar Wochen in der *tz* sehr freimütig und dankenswerterweise sehr offen darüber gesprochen, dass ganz regulär Hunderte von sogenannten Flüchtlingen einfach verschwinden. Er hat in der *tz* auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass pro Tausend vorgeblicher Flüchtlinge, die vom Hauptbahnhof mit Taxis in ihre Aufnahmeeinrichtungen in München und um München gebracht werden, rund 300 bis 400 unterwegs aussteigen oder am Zielort angekommen, sich ein anderes Taxi nehmen und wegfahren. Die verschwinden einfach. Das ist nicht nur in München so.

Wir haben inzwischen regelmäßig Meldungen von ICEs, die in München mit 600 Insassen losfahren, jedoch in Norddeutschland oder Sachsen nur noch mit 300 oder 400 Insassen ankommen. Unterwegs wird immer wieder die Notbremse gezogen und Hunderte steigen unterwegs einfach aus. Sie tauchen in die Anonymität unter. Es stellt sich die Frage: Was sind das für Menschen, die es vorziehen, lieber in die Anonymität abzutauchen, anstatt sich registrieren zu lassen und im Sozialparadies Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen zu bekommen? Was sind das für Menschen, die es vorziehen, sich nicht registrieren zu lassen? Was sind das für Leute, die nicht auffällig und nicht irgendwo dokumentiert werden möchten, sondern gleich verschwinden? Es sind nicht zwei oder drei, sondern inzwischen ungezählte Tausende, die im Lande sind und von denen nie-

mand weiß, wo sie sind, wer sie sind und was sie vorhaben. Man weiß lediglich, dass sie nicht mehr für die Behörden greifbar sind. Das ist ein Sicherheitsproblem.

Das Bundeskriminalamt geht inzwischen bundesweit rund 1.000 Hinweisen auf Leute nach, die unter dem Ticket des vorgeblichen Flüchtlings nach Deutschland gekommen sind, von denen man jedoch annehmen muss, dass sie in ihren Herkunftsländern, zum Beispiel in Syrien oder dem Irak, Menschenrechtsverletzungen sowie zum Teil schlimmste Kriegsverbrechen begangen haben. Es sind immerhin 1.000 Leute, demnach 1.000 Hinweisen, denen nachgegangen wird.

Die Münchner Polizei ist letzte Woche in München drei solchen Leuten auf der Spur gewesen. Sie sind in München wiedererkannt worden. Sie kamen irgendwo aus dem Bürgerkriegsgebiet in Syrien und sind von Exilsyrern in München wiedererkannt worden. Die Polizei hat sie mit Foto und Steckbrief in München gesucht. Das sind Leute, die kommen sicher nicht hierher, um bei uns als Flüchtlinge Geborgenheit und die Wohltaten des Sozialstaates in Empfang zu nehmen, sondern sie haben möglicherweise ganz andere Ziele. Das sind sicherlich keine guten Ziele und erst recht keine Bereicherung für die bundesdeutsche Aufnahmegesellschaft.

Wenn man das alles weiß, dann frage ich mich wirklich, wie man sich am Hauptbahnhof hinstellen und Plüschtierchen aus der Tasche ziehen kann, um sie den sogenannten Flüchtlingen auf ihrem Weg in die Unterkunft mitzugeben. Meine Damen und Herren, das ist eine Form von Gehirnerweichung. - (Unruhe) - Wer diese Realität und die Folgen, die uns allesamt auf die Füße fallen werden, nicht zur Kenntnis nehmen will, der lebt auf einem anderen Planeten.

Der saarländische Innenminister hat es sehr gut auf den Punkt gebracht. Die Bundesrepublik ist partiell zurzeit nicht handlungsfähig. Das ist eine rein verwaltungsmäßige Geschichte. Wenn die Verwaltung nur noch damit beschäftigt ist, die Flüchtlingsströme zu managen und dafür zu sorgen, dass diese Leute von der Straße verschwinden und irgendwo untergebracht werden, dann ist das eine katastrophale Situation. Sie nimmt Kapazitäten für ganz andere, viel wichtigere Bereiche der Stadtverwaltung weg. Schauen Sie sich die Polizei an! Sie kommt - nicht nur am Münchner Hauptbahnhof - überhaupt nicht mehr dazu, den Regelbetrieb aufzunehmen, weil man nur noch mit der Registrierung von Flüchtlingen beschäftigt ist. Trotzdem verschwinden Zehntausende, ohne dass sie irgendwo registriert, geschweige denn gesundheitlich untersucht worden sind. Das ist ein Notstand.

Ich habe genauso wie Sie auf der Verwaltungsbank, aber auch jeder einzelne von Ihnen im Plenum, in meinem Gelöbnis meine Verantwortung für unsere Stadtgesellschaft und ihre gedeihliche Entwicklung zum Ausdruck gebracht. Sie auf der Bank der berufsmäßigen Stadträte stehen noch viel mehr in der Verantwortung für unsere Stadtgesellschaft. Es kann jetzt nicht in der Stunde der Katastrophe und des offenkundig ausgebrochenen Notstandes Ihre Verantwortung sein, die Leute nur zu verwalten, die Flüchtlingsmassen durchzuwinken und dafür zu sorgen, dass diese Flüchtlingsmassen irgendwie gemanagt werden, sondern Sie haben in Gottes Namen eine Verantwortung gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Sie können sich nicht nur als Dienstleister für Flüchtlinge betrachten.

Meine Damen und Herren, Frau Sozialreferentin! Ihr Ausbruch in Berlin am 15. September in allen Ehren, aber wenn Sie es nicht schaffen, nicht mit Ihrem Gewissen und Ihrer Leistungsfähigkeit vereinbaren können, dann wären Sie gut beraten, von Ihrem Posten zurückzutreten. Auch der Münchener Oberbürgermeister wäre gut beraten, jetzt die Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen. Entweder Sie betrachten sich als Sachwalter der Interessen der einheimischen Münchner Bevölkerung oder Sie schmeißen hin und sagen: Nein! Wir haben die Situation nicht mehr im Griff! Ich stehe dafür nicht mehr ein. Ich stehe nicht für eine Politik, die uns ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko für unsere Stadtgesellschaft hereinholt. Ich stehe für diese Politik nicht mehr zur Verfügung und werfe hin. Das wäre jetzt Ihre Aufgabe, das wäre eigentlich Ihre Pflicht.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer unvergleichlich brillanten Rhetorik am 20. Mai in der damaligen Diskussion über einen Standortbeschluss am Schluss zu erkennen gegeben, dass für Sie kein Zweifel daran besteht, Menschen unterzubringen, auch wenn es noch so viele werden. Sie haben ungefähr ähnlich traumwandlerisch wie die Bundeskanzlerin, die am 05. September die universale Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik für Syrer und auch solche, die sich nur als Syrer ausgeben, in unbegrenzter Höhe erklärt hat. Sie haben mir, ausweislich des Stadtratsprotokolls, auf den Kopf zugesagt:

„... Menschen in Not in München unterzubringen, das ist absolut einheitlicher Konsens. Das tun wir jetzt und das werden wir auch in Zukunft tun, egal, ob es 12.000 Menschen oder noch mehr werden.“

Ich frage Sie in dieser Sitzung wieder: Stehen Sie nach wie vor dazu, dass Sie völlig unabhängig davon, wie viele sogenannte Flüchtlinge nach München hereinströmen, diese Menschen unterbringen wollen? Inzwischen geht es handfest auf Kosten einheimischer Sicherheitsinteressen und ein-

heimischer Münchner Bürger. Es ist ein Irrsinn, dass inzwischen Bundeswehrstandorte in Bayern geflutet werden. Der zweitgrößte Standort der Luftwaffe in Erding befindet sich noch in Betrieb, trotzdem werden dort Flüchtlinge hinein verschafft.

In München ist die Bundeswehr, unter Anleitung von Sozialpädagogen und Flüchtlingshelfern, damit beschäftigt, Feldbetten für die Unterbringung von Flüchtlingen im Minutentakt aufzuklappen. Das ist ein Irrsinn! Kein verantwortlicher Politiker kann es akzeptieren, dass eine solche Situation über uns hereinbricht. Als gewählter Oberbürgermeister haben Sie zu sagen: Nein, das trage ich jetzt nicht mehr mit! Ich werfe hin. Ich stelle mein Amt zur Verfügung. Soll das einer machen, der das mit dem Herzen macht und dafür einsteht, unsere Stadt zu fluten. Ich stehe nicht mehr dafür ein.

Herr Oberbürgermeister, das würden wir von Ihnen erwarten. Ich bin sehr gespannt darauf, ob Sie angesichts von 230.000 sogenannten Flüchtlingen, die allein in den letzten drei Wochen gekommen sind, nach wie vor dazu stehen und sagen, dass wir das auch in Zukunft tun werden, egal ob es 12.000 Menschen oder noch mehr werden. Wenn Sie erneut sagen, wir stehen dazu, wir machen so weiter, dann wird man Sie für die schlimmen Folgen, die daraus für unsere Stadtgesellschaft über uns hereinbrechen werden, in absehbarer Zeit persönlich verantwortlich machen. Dafür wird man Sie zur Rechenschaft ziehen.

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister! Selbstverständlich werde ich auch gegen diesen elften Standortbeschluss stimmen. Ich werde ebenso gegen jeden weiteren Standortbeschluss stimmen, weil es nicht Aufgabe der Stadt München sein kann, Flüchtlingsströme ohne Ansehen der Zahl und Quantitäten einfach durch zuwinken und dann auch noch so zu tun, als gäbe es alle diese Probleme nicht. Dass es diese Probleme gibt und dass man sie ansprechen kann, das zeigen verantwortungsvolle Politiker, wie der saarländische Innenminister. Wir haben im Münchner Stadtrat leider offensichtlich keinen solchen Politiker, jedoch sollte Sie das nicht davon entbinden, die Konsequenzen zu ziehen. Herzlichen Dank!

OBM Reiter:

Ich möchte zwei, drei Sätze dazu sagen, nicht weil Sie mich gefragt haben, das ist mir relativ egal, sondern weil es mir ein Anliegen ist. Ich muss Sie enttäuschen. Ich werde nicht hinwerfen! - (Allgemeiner Beifall) - Das wäre vielleicht Ihre Methode, meine ist es nicht! Ich beantworte die Frage trotzdem und stehe zu dem Gesagten. Wir werden das in München hinbekommen, ob wir nun 12.000 Menschen oder noch ein paar mehr aufnehmen. Herr Richter, wir haben keine Katastrophe.

Zum Thema Rhetorik ist zu sagen, dass Ihre blendende Rhetorik nicht dazu führt, dass Ihre Wortbeiträge inhaltlich erträglicher werden. - (Allgemeiner Beifall) - Es kommt darauf an, was man sagt, und nicht nur, wie man es sagt. Ich verzichte künftig sehr gerne auf den Pressespiegel, den Sie stets verlesen. Ich kann selbst lesen, ob Sie mir das zutrauen oder nicht. Ich brauche keinen 20 minütigen Vortrag darüber, was die letzten zwei Wochen in der Zeitung stand. Das weiß ich alles auswendig. Vielleicht könnten Sie Ihre künftigen Wortbeiträge etwas mehr fokussieren und uns nicht mit Vorlesen langweilen. Das würde uns allen sehr helfen. - (Allgemeiner Beifall)

Erlauben Sie mir noch zwei Sätze zur Kollegin Meier. Selbstverständlich war es ein sehr emotionaler Auftritt. Ich kenne Brigitte Meier viele Jahre. Sie ist emotional bei der Sache. Herr Richter, allerdings gibt es einen ganz grundsätzlichen Unterschied. Frau Meier geht es um die Sorge für das Wohl der ankommenden Menschen, Ihnen nicht! Das unterscheidet sie deutlich. Insoweit habe ich Frau Meier durchaus verstanden. Ich sage es noch einmal: Wir haben keine Katastrophe.

Sie sollten wirklich endlich zur Kenntnis nehmen, dass alle übrigen Mitglieder des Stadtrates den Einsatz und das Engagement der vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die am Hauptbahnhof und in der ganzen Stadt mitgewirkt haben und denen Sie en passant Gehirnerweichung unterstellen, überaus wertschätzen. Unser Petikum ist eindeutig: ein herzliches Dankeschön an die vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. - (Anhaltender Beifall)

Selbstverständlich haben wir uns alle verantwortungsvoll am Bahnhof verhalten. Wir haben dafür gesorgt, dass die logistische Großherausforderung in die richtigen Bahnen gelenkt wurde. Wir werden uns auch in Zukunft, um die Menschen, die nach dem Königsteiner Schlüssel bei uns bleiben, bestmöglich kümmern. Es wird sicherlich noch der eine oder andere Standortbeschluss, den Sie Gott sei Dank nicht mit beschließen, vorgelegt werden. Auf diese Stimme kann ich gut verzichten. Vielen Dank! - (Anhaltender Beifall)

StR Schmude:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Vergangenheit bereits mehreren neuen Standorten für Unterkünfte für Asylbewerber zugestimmt und werden das auch in Zukunft immer wieder tun. Wir sind im Grundsatz der Meinung, dass es eine Menschenpflicht ist, die Ankömmlinge, ob sie nun asylberechtigt sind oder nicht, während des Verfahrens korrekt unterzubringen. Daran wird sich nichts ändern.

Wir haben in der Vergangenheit darauf gedrängt, das werden wir auch weiterhin tun, dass die Landeshauptstadt München von den oberen Ebenen eine grundsätzliche Problemlösung einfordert. Dies müssen heutzutage alle Kommunen tun. Dazu haben wir in der Vergangenheit, genauso wie in dieser Sitzung, Änderungsanträge gestellt. Inzwischen wurden einige Punkte, die wir in der Vergangenheit angesprochen haben, von der Landes- und Bundesebene aufgegriffen. Dennoch verspüre ich darüber keinerlei Genugtuung, weil die Impulse leider nicht aus München gekommen sind. Die vernünftigen Leute innerhalb der CSU, teilweise sogar in anderen Parteien, sind von sich aus zur Vernunft gekommen und nicht, weil aus München ein Appell dazu ergangen wäre.

Deswegen in dieser Sitzung noch einmal ein Versuch, in einer Art Resolution, nicht nur geräuschlos neue Heime zu bauen, sondern noch einmal vom Bund und der Europaebene - auf der noch überhaupt nichts klappt -, zu fordern, das Problem grundsätzlich anzugehen und zu lösen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Wir üben Kritik an der EU und unterstützen die vernünftigen Kräfte in der Bundespolitik. Wir sollten uns an Leuten wie Gerda Hasselfeldt orientieren, die fast exakt mit unseren Worten gesagt hat, dass der Bund noch an der Grenze die Einreise von offensichtlich nicht asylberechtigten Personen verhindern sollte. Lasst uns um Horst Seehofer scharen und nicht um Katja Kipping. Wenn wir das tun, dann können wir diesem neuen Standort zustimmen. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, dann haben Sie unsere Zustimmung zum neuen Standort. Danke sehr!

OBM Reiter:

Herr Schmude, sehen Sie gelegentlich Nachrichten? Ich habe persönlich mehrfach auf diese Thematik hingewiesen. Insoweit verstehe ich den Änderungsantrag inhaltlich nur sehr schwer. Man könnte ihn als überflüssig bezeichnen. Ich kann Ihnen gerne einige Aufzeichnungen von Nachrichtensendungen übermitteln, zum Beispiel vom ZDF, in denen ich persönlich diese Thematik aufgezeigt habe. Versuchen Sie nicht, ein Abstimmungsverhalten zu „willküren“!

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der neue Ausschuss, den wir einrichten, wird Gelegenheit geben, intensiv über Themen wie Bekämpfung von Fluchtursachen nachzudenken und zu diskutieren. Im Antrag von ALFA heißt es: „*Jedes EU-Land muss nach seinen Möglichkeiten ein Teil der Lösung sein.*“ Ich denke, wir hätten weltweit viel erreicht, wenn jedes EU-Land aufhören würde, ein Teil des Problems zu sein. In der laufenden Sitzung darüber zu diskutieren,

warum es Flüchtlingsströme gibt, führt zu weit. Der neue Ausschuss wird dazu ausreichend Gelegenheit geben.

Ich muss noch ein paar Worte zu dem sogenannten Stadtrat Richter sagen. Manchmal, wenn ich zuhöre, überlege ich mir: Wie bekomme ich Schmerzensgeld dafür? Mir ist nichts eingefallen. Jedoch ist mir etwas eingefallen, wie ich wenigstens den Menschen, die er beleidigt, ein bisschen Schmerzensgeld zukommen lassen kann. Ich habe beschlossen, dass ich für jede Minute, die er spricht, einen Euro an eine Flüchtlingsinitiative spenden werde. Für heute habe ich REFUGIO ausgewählt, die werden sich auf jeden Fall freuen. Vielleicht schließen sich noch einige an, sonst ist es tatsächlich unerträglich! - (Beifall)

StR Richter:

Frau Kollegin Wolf, Herr Oberbürgermeister! Greifen Sie ruhig ein bisschen in Ihre Schatulle hinein. Ich gebe Ihnen gerne Gelegenheit, den einen oder anderen Cent an REFUGIO oder wen auch immer loszuwerden. Es ist einem gewählten Kollegen gegenüber ein seltener Mangel an Respekt ihn als sogenannten Stadtrat anzusprechen. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendeinen von Ihnen im Hause in der gleichen Weise derart despektierlich behandelt hätte. Selbstverständlich ist Frau Wolf eine gewählte und keine sogenannte Stadträtin. Das sind Tricks aus dem Kindergartenzeitalter. Das haben wir eigentlich nicht nötig.

Herr Oberbürgermeister, ich werde mir auch künftig erlauben, Dinge und Zahlen zu referieren. Zurück zu ihrem Vorwurf. Man muss auch Ihnen in dieser Willkommens-Euphorie, in der Sie offensichtlich immer noch schweben und aus der Sie sich auch von nichts und niemanden herausbringen lassen möchten, empfehlen, hin und wieder die Nachrichten anzuschauen. Man hat den Eindruck, Sie schweben auf Wolke sieben oder auf Ihrem Raumschiff irgendwo fernab der Realität.

Anscheinend muss man Ihnen manchmal die Zahlen vielleicht mit etwas plastischeren Worten um die Ohren hauen. Wenn ein Innenminister eines von der Flüchtlingskatastrophe schwer heimgesuchten Bundeslandes der Meinung ist, dass die Republik partiell nicht mehr handlungsfähig ist, dann haben wir eine Katastrophe. Diesen Katastrophenfall muss man zur Kenntnis nehmen. Herr Bouillon aus dem Saarland hat mit Sicherheit gute Gründe, so zu argumentieren. Wenn im Augenblick selbst der bayerische Innenminister, der im Laufe seiner langen politischen Karriere bereits annähernd jede inhaltliche Position eingenommen hat, es ebenfalls für nötig hält, aus populistischen Gründen, Grenzkontrollen zu fordern, dann sagt das genug.

Die Zahl von 230.000 sogenannten Flüchtlingen, die in den letzten drei Wochen hereingekommen sind, sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen. Man sollte zur Kenntnis nehmen - weil uns das hier in München bereits sehr bald wieder ganz unmittelbar betreffen wird -, dass derzeit jeden Tag im Schnitt 10.000 sogenannter Flüchtlinge nach Deutschland kommen, trotz angeblicher Grenzkontrollen. Selbst wenn wir der Bundeswehr den Befehl geben würden, die Grenzen zu schützen, hätte die Bundeswehr überhaupt nicht mehr die Kapazitäten, um die grüne Grenze im Zweifelsfall soweit militärisch abzuschirmen, dass wir diesem Zustrom Herr würden.

Es kommen derzeit unter dem Etikett des Flüchtlingsstatus, trotz sogenannter Kontrollen 10.000 Menschen aus aller Welt nach Deutschland. Herr Oberbürgermeister, rechnen Sie das hoch! Ich denke, den Taschenrechner können auch Sie bedienen. Wenn das kein Katastrophenfall ist, wenn das keine Situation ist, in der man dringendst auf der Ebene des Freistaates, auf Bundesebene und auf europäischer Ebene aktiv werden muss, dann weiß ich nicht mehr Herr Oberbürgermeister, auf welcher Wolke Sie schweben! Herzlichen Dank.

Der Änderungsantrag von ALFA wird gegen die Stimmen der Antragstellerin und BIA **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von ALFA und BIA **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Podiuk:

Wir haben dem Antrag von ALFA nicht zugestimmt, denn jedermann weiß, dass die Bundesregierung in die Gänge gekommen ist, wenn auch keinesfalls zu früh. Derzeit finden Kabinettsitzungen, Bundestags- und Bundesratsberatungen statt. Zum 01. November werden massive Veränderungen beim Zuzugsrecht kommen. Ich denke, man muss die Bundesregierung nicht mehr darauf aufmerksam machen.

In den letzten vier, sechs Wochen wurde in der Europäischen Union heftig gestritten, das wissen wir. Ich gehe davon aus, dass im nächsten halben Jahr bei der Verteilung der Flüchtlinge ein Fortschritt in der Europäischen Union zu verzeichnen sein wird. Andernfalls hätte sich die Europäische Union vielleicht erledigt.

Evaluierung und Neuausrichtung des Zielesystems der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 2467

StRin Haider:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Vorlage über die Zielesysteme gelesen. Darin heißt es, es wurde mit Stadträten besprochen. Wir wurden bisher nicht gefragt. Wir haben sehr großes Kopfweh mit der sofortigen Abschaffung des kompletten Zielesystems. Ich bin seit eineinhalb Jahren in diesem Gremium und es fällt mir immer noch schwer, zu überblicken, was wo passiert und wer was macht.

Um es zu veranschaulichen, leider mit Autobildern, weil das Rad nicht passend ist. Wir haben die großen Ziele, wie in der PERSPEKTIVE MÜNCHEN und z. B. die Gleichstellungsziele. Dies sind die Leitplanken, die unsere Arbeit begleiten. Dann haben wir Aus- und Einfahrten, so sehe ich die Beschlüsse, die wir fassen. Darüber hinaus haben wir Strecken. Die Strecken sind die Jahresziele, die zeigen uns, was in den Referaten passiert. Ich bin nicht für eine Aufrechterhaltung von zu viel Bürokratie. Wenn das ZIMAS-System sehr bürokratisch ist, dann muss man sich überlegen, wie man es ändert oder was man veröffentlicht.

Meine Frage lautet: Wie erfahren wir als Stadtrat von den Zielen, die sich die Referate selbst setzen. Meiner Meinung nach muss es nicht in einem formalisierten Verfahren wie dem ZIMAS passieren. In der Vorlage heißt es nur, dass es verwaltungsintern kommuniziert wird. Ich möchte auf jeden Fall einen Überblick bekommen. Im Moment haben wir den Rechenschaftsbericht, in dem die Ziele einen großen Anteil einnehmen. Er wird demnach viel kleiner werden.

Ich denke, wir brauchen nicht nur einen Überblick, sondern eine gewisse Fortschrittskontrolle. Mein Vorschlag wäre, das Thema im interfraktionellen Arbeitskreis für Verwaltungsoptimierung zu besprechen. Dort gehört das Thema meiner Meinung nach hin.

Ich möchte gerne Antworten auf meine Fragen: Wie werden verwaltungsinterne Ziele an den Stadtrat kommuniziert? Kann man kein besseres System erfinden? Wenn das nicht passiert, würden wir diese Vorlage ablehnen. Danke!

- BMin Strobl übernimmt den Vorsitz. -

StRin Wolf:

Ich möchte ähnlich argumentieren wie Frau Kollegin Haider. Im Antrag heißt es, das dreistufige Zielesystem werde sofort abgeschafft. Die Stadtratsziele, mit denen wir alle gemeinsam das Wahre, Schöne und Gute wollen, sind vielleicht ein bisschen fad in der Beschlussfassung. Das ist richtig. Diese Ziele sind aber unterlegt mit Referats- und Handlungszielen. Auf dieser Ebene werden tatsächlich auch für kleine Gruppierungen wie wir, die nicht überall dabei sind, Punkte nachvollziehbar. Was liegt in den Referaten an? Welche Aufgaben stellen sich die Dienststellen? In der Nachschau: Wo hat es gehakt? Diese Berichterstattung ist mühsam und macht Arbeit. Sie liefert aber viele Hinweise, wo der Stadtrat nachsteuern kann und sollte, zum Beispiel, indem er mehr Ressourcen bewilligt.

Die heutige Vorlage schafft das einfach ab. Stattdessen soll die Stadtkämmerei beauftragt werden, finanzwirksame Vorhaben und Planungen der Referate vorzulegen. Das ist mir tatsächlich zu wenig. Nehmen wir als Beispiel die Arbeitsbelastung in den Sozialbürgerhäusern. Da will ich gerne mehr erfahren. Auf den Produktdatenblättern steht, was mit diesen Produkten geplant worden ist. Wie viele Fälle hatten wir? Wie viele haben wir geschafft? Sind die Fallzahlen gestiegen? Warum haben wir nicht so viel geschafft? Das alles stellen Sie mit dieser kurzen Vorlage zur Disposition, ohne dass das irgendjemand mit uns besprochen hätte.

Natürlich suchen wir Wege, die Verwaltung zu verschlanken. Dieser Aufgabe kann man sich auch annehmen - aber doch bitte in dem Arbeitskreis, der dafür eingerichtet wurde! Falls den Referaten schon signalisiert wurde, sie bräuchten das nicht mehr zu machen, frage ich mich wirklich, wie es dazu kommt. Wie konnte das weitergegeben werden, ohne dass es im Stadtrat vorher beschlossen wurde? Das finde ich wirklich eine Unverschämtheit von den beteiligten Akteuren. Danke schön!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich meinen Vorrednerinnen eigentlich nahtlos anschließen. Wir sind auch der Meinung, dass sich das bisherige dreistufige, sehr fein ziselierte und bürokratisierte Modell nicht unbedingt zur Steuerung bewährt hat. Deshalb gerne eine Vereinfachung. In der Vorlage wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Ziele werden zwar noch referatsintern aufgestellt, der Stadtrat wird aber überhaupt nicht mehr damit befasst. Das halten wir für übertrieben. Wir werden oft mit sehr kleinteiligen Fragen befasst, bis hin

zu Beförderungen von Beamten. Wenn wir aber bei den Zielen der Referate überhaupt nicht mehr mitdiskutieren sollen, finden wir das zu wenig. Diese bedeuten durchaus eine Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr oder die nächsten Jahre. Sie enthalten politische Vorgaben.

Wie ich die Beschlussvorlage verstehe, wird es Ziele weiterhin geben. Diese werden nicht nach einem aufwendigen Schema einheitlich für alle formuliert. Die Referate werden vielmehr nach ihrem jeweiligen Bedarf ihre Ziele aufstellen. Wenn etwas ohnehin erarbeitet wird, warum soll es dann nicht mehr dem Stadtrat vorgelegt werden? Das verstehen wir nicht.

Einige Fraktionen sind über ihre Bürgermeister- und Referentenrunden über die Planungen der Referate sehr gut informiert. Diese brauchen die Stadtratsbefassung nicht mehr. Das ist für die Opposition aber nicht der Fall. Darum lautet unser Plädoyer: Wenn das möglich und sinnvoll ist, soll die Beschlussfassung noch einmal vertagt und in den Ältestenrat oder den interfraktionellen Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung eingebracht werden. Falls eine Vertagung aus Gründen der Planung für die nächste Zeit schwierig ist, würden wir folgenden mündlichen Änderungsantrag stellen:

„Die referatsinternen Ziele werden in geeigneter Weise dem Stadtrat vorgestellt und über die Zielerreichung wird dem Stadtrat berichtet.“

Danke schön! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL und von DIE LINKE.)

BMin Strobl:

Herr Dr. Roth, vielleicht könnten Sie diesen mündlichen Antrag notieren. Danke!

StRin Hübner:

Sehr geehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Argumente meiner Vorrednerinnen und auch von Dir, Florian, gut nachvollziehen. Wir gehörten zu den Fraktionen, mit denen diese Vorlage im Vorfeld besprochen wurde. - (Zwischenrufe: Aha! Ihr wart das also!) - Na ja, wer soll es sonst gewesen sein? - (Heiterkeit) - Als wir die Vorlage gesehen haben, ging es uns ähnlich. Eine ersatzlose Abschaffung ohne neue Ideen finden wir auch nicht förderlich. So wie es bisher gelaufen ist, war es nicht sinnvoll. Ein Beispiel: Während des größten Flüchtlingszustroms im September war die Verwaltung im Sozialreferat damit beschäftigt, Ziele für 2017 auszuarbeiten. Da stellt sich natürlich die Frage: Ist das sinnvoll? Wir sagen klar: Das ist nicht sinnvoll.

Trotzdem haben jedes Referat, jeder Referent und jede Referentin eine Vorstellung davon, was in der Zukunft gemacht werden muss. Das sind zum einen die Aufgaben, die gesetzlich vorgegeben sind. Es ergeben sich Fallzahlsteigerungen, damit sind Kosten verbunden. Dann gibt es Produkte, die man zur Qualitätsverbesserung weiterentwickeln und mit weiteren Angeboten ergänzen will. Diese Fälle sollten dem Stadtrat rechtzeitig vorgelegt werden, möglichst nicht erst bei Beschlussreife, sondern früher. Bisher wurden die Ziele für das Folgejahr im November vorgelegt. Das wäre mit der aktuellen Haushaltssystematik nicht mehr sinnvoll. Bei den Ressourcen kann zu diesem Zeitpunkt nichts mehr gestaltet werden.

Deshalb würden wir die Stadtkämmerei und das Direktorium bitten, ein Verfahren zu entwickeln, wie uns möglichst bis etwa Mai dargestellt wird, welche Veränderungen im laufenden Jahr auf den Stadtrat zukommen. Dies betrifft zum einen die Produktleistungen, die fremdbestimmt und damit vorgegeben sind – etwa durch Gesetze oder Fallzahlsteigerung. Zum anderen bezieht sich das auf Leistungen, die die Referate zusätzlich gestalten wollen. Das wird für uns wichtig werden. Es ist wohl jedem bewusst: Unser finanzieller Spielraum ist angesichts der bevorstehenden Investitionen endlich. Deswegen wäre es sinnvoll, wenn alle Referate ihre Planungen zu einem gemeinsamen Zeitpunkt vorstellen würden. So hätten wir als Stadträtinnen und Stadträte die Möglichkeit, alle Vorhaben nebeneinander zu legen und nach folgenden Kriterien zu priorisieren:

- Was ist wichtig?
- Was ist nicht so wichtig?
- Was kann man verschieben?
- Was können wir uns leisten?
- Was wollen wir uns leisten?

Deshalb schlagen wir vor, diese neue Idee der Verwaltung in den interfraktionellen Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung einzubringen. Dann können wir das noch genauer entscheiden. Es wird wohl zu spät sein, um für 2016 noch Ziele von der Verwaltung zu verlangen. Für 2017 sollte es aber wieder ein Verfahren geben, in dem wir frühzeitig Einblick in die Planungen der Referate gewinnen. Darüber kann man im interfraktionellen Arbeitskreis gut diskutieren. - (Beifall der SPD)

BMin Strobl:

Heißt das, wir beschließen heute und dann diskutieren wir es im Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung? - (Zwischenrufe, Unruhe – StR Dr. Mattar: Wir beschließen jetzt gar nichts, sondern vertagen das in den Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung!) - Es gibt mehrere Möglichkeiten: Ich habe einen

Änderungsantrag der Grünen, ich habe jetzt anscheinend einen Vertagungsantrag und ich habe den Vorschlag, heute zu beschließen und dann im Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung weiter zu diskutieren. Am weitesten geht der Antrag auf Vertagung. - (StR Dr. Mattar: Vertagung in den Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung?) - Das bedeutet: Vertagung in eine Sitzung irgendwann, wenn sich der Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung damit beschäftigt hat. - (StR Kaplan: Heißt das, dass die Referate diese Arbeit weitermachen sollen?) - Ja! Wir haben das Thema noch nicht ad acta gelegt. - (Zwischenruf von StR Dr. Mattar.)

Das Zielesystem habe ich jetzt ungefähr 15 Jahre mitgemacht. Davor lagen zehn Jahre ohne Zielesystem. In meinen Ausschüssen habe ich es sehr selten erlebt, dass überhaupt irgendwie über dieses Thema diskutiert worden ist. Die Vorlagen sind einfach durchgewunken worden. Die Ziele sind von der Verwaltung aufgestellt worden.

Als damals das Neue Steuerungsmodell diskutiert worden ist, hatten wir eigentlich eine andere Absicht: Die Verwaltung sollte gemeinsam mit dem Stadtrat diese Ziele erarbeiten. Jetzt ist es anders gekommen. Ein Beispiel: Wir müssen Wohnungen bauen, das ist allen klar. Dann kommt es natürlich auf die operative Umsetzung an. Dabei geht es vor allem um die Schwerpunkte in der Ressourcenverteilung. Das ist in dem Beitrag von Frau Hübner auch angeklungen. - (Zwischenruf, Unruhe) - Tatsächlich betreffen diese Ziele teilweise das rein operative Geschäft, während die Stadtratsziele sehr global gehalten sind. Da kann dann natürlich jeder sagen: Ja klar, wollen wir, brauchen wir, müssen wir! Daher wäre zu überlegen, wie der Stadtrat schon im Vorfeld beim Thema Ressourcenverteilung eingebunden werden kann. Das ist für mich der entscheidende Punkt, nicht so sehr die Diskussion über sehr abstrakt gehaltene Ziele. Dahinter steckt ein Riesenaufwand für die Verwaltung, Diskussionen gibt es aber dazu eher selten. Ich habe es kaum je erlebt, dass man gesagt hätte, man sei nicht einverstanden, hätte gerne Änderungen.

Der Stadtrat hatte bisher auch schon diese Möglichkeit und hat sie eigentlich nicht wahrgenommen. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen: Beschließen wir es heute so, beraten aber trotzdem im interfraktionellen Arbeitskreis noch einmal darüber, wie wir das in Zukunft gestalten können? Ich sehe es so: Wenn wir den Antrag heute nicht beschließen, muss die Verwaltung selbstverständlich weiterhin Ziele für das nächste Jahr vorlegen. So ist die aktuelle Beschlusslage.

StRin Messinger:

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen! Alle Redebeiträge haben gezeigt, dass wir gerne ein anderes System der Ziele hätten. Es ist sinnvoll, über eine Neuausrichtung nachzudenken und da-

für einen Auftrag zu erteilen. Sonst geht nichts voran. Jetzt ist die Frage, ob wir die Verwaltung beauftragen, das auch für dieses Jahr noch nach dem alten System umständlich zu erstellen. Vielleicht könnten wir uns einigen, die Aufgabe für ein Jahr auszusetzen. In der Zwischenzeit könnten wir gemeinschaftlich daran arbeiten, auch gerne in dem interfraktionellen Arbeitskreis. Frau Kollegin Hübner hat es schon angesprochen. Gemeinsam könnten wir ein neues Zielesystem entwerfen. So nenne ich es jetzt einfach. Ich schlage vor, diese Vorlage zu beschließen, mit dem Hinweis, dass wir gemeinschaftlich daran arbeiten wollen und das Thema dann auch im interfraktionellen Arbeitskreis behandeln.

StRin Wolf:

Dem Vorschlag kann ich mich jetzt nicht vollständig anschließen. Der Antrag heißt: „*Das bestehende dreistufige Zielesystem wird ab sofort abgeschafft.*“ Man kann sich darauf verständigen, dass diese Ziele jetzt nicht mehr im November vorgelegt werden müssen, aber dann bis Anfang nächsten Jahres. Die Referate formulieren diese Ziele doch weiterhin. Wir möchten zumindest Anfang nächsten Jahres damit befasst werden. Der Arbeitskreis wird wohl nicht schneller „zu Potte kommen“. So schnell wird ein neues System wahrscheinlich nicht zu schaffen sein. Es gibt andere Themen. Aber einfach das bisherige abzuschaffen, ohne ein neues zu haben, halte ich für verkehrt.

Ich halte es auch für äußerst schwierig, wenn den Referaten signalisiert wurde, dass das so einfach durch den Stadtrat gehen würde. Bei diesen Zielen handelt es sich nicht nur einfach um "Pillepalle-Zeug". Wenn das in Ihren Ausschüssen nicht diskutiert wurde, liegt das vielleicht daran, dass ich nicht dabei war. - (OBM Reiter: Man kann nicht überall dabei sein!) - Im Planungsausschuss haben wir sehr wohl die Wohnbauziele unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaften diskutiert. Wir haben im VPA die Ziele für die Ausbildung besprochen. Vielleicht haben Sie alles auch so gut geplant, dass es keine Kritik gab. Weil es zeitlich knapp wird, könnte man sich vielleicht folgendermaßen verständigen: Die Referats- und Handlungsziele sollen Anfang nächsten Jahres in dem jeweiligen Ausschuss bekanntgegeben werden. Dann können wir uns im interfraktionellen Arbeitskreis ein halbes Jahr Zeit nehmen. Wir können darüber beraten, was wir wollen. Wir können klären, welche Funktion die Ziele haben sollen und was wir beibehalten wollen. Danke!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Dilemma ist Folgendes: Wenn wir den Antrag insgesamt vertagen, muss die Verwaltung noch einmal das bürokratisch relativ aufwendige Verfahren weiterführen. Dafür haben sich bisher noch nicht so viele

Stadträte ausgesprochen haben. Das ist nicht unbedingt notwendig. Wenn wir jetzt aber den Antrag einfach so beschließen, wie er formuliert ist, klingt es nach ersatzloser Abschaffung. Das finde ich ein bisschen schwierig.

Es gab aber doch einen gewissen Konsens: Der Stadtrat soll noch mit Zielen befasst werden. Über die Form müssen wir noch einmal reden. Der interfraktionelle Arbeitskreis ist ein geeignetes Forum dafür. Genau das können wir doch einfach im Antrag ergänzen. Bisher gab es nicht so viele Einsprüche gegen den Antrag, die bisherige Form abzuschaffen. Der erste Satz lautet: *„Das bestehende dreistufige Zielesystem wird ab sofort abgeschafft.“* Das könnte man also belassen. Den Inhalt unserer bisherigen Debatte kann man doch aufnehmen. Zum Beispiel in der Form, dass ein Vorschlag, wie der Stadtrat in Zukunft mit den Zielen der Referate befasst werden solle, im interfraktionellen Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung diskutiert werden und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden solle. - (Beifall, Zwischenrufe)

BMin Strobl:

Das könnte in Ziffer 2 ergänzt werden. Mit dieser Ziffer 2 ist es im VPA beschlossen worden. - (Zwischenrufe: Vertagt!) - Richtig, es ist vertagt worden! Ziffer 2 heißt: *„Die Stadtkämmerei wird beauftragt usw.* Man könnte ... - (Zwischenruf) - Oder irre ich mich da? Man könnte es folgendermaßen umändern:

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im Laufe des Jahres 2016 ein Konzept für eine stärkere Einbindung des Stadtrates im Hinblick auf künftige finanzwirksame Vorhaben, Planungen und Ziele der Fachreferate vorzulegen. Dieses Konzept wird im interfraktionellen Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung diskutiert und dann wieder dem Stadtrat vorgelegt werden.“

(StR Dr. Mattar: Es muss gesichert sein, dass nur das vorgelegt wird, was formal finanzwirksam ist!) - Deshalb habe ich formuliert: *„finanzwirksame Vorhaben, Planungen“*. *„Finanzwirksam“* bezieht sich dann nur auf *„finanzwirksame Vorhaben, Planungen und Ziele“*. Man könnte auch *„inhaltliche Ziele“* daraus machen. - (Zwischenruf) - Nein, nicht für alles! - (Zwischenruf) - Meines Erachtens bezieht sich *„finanzwirksam“* nur auf das Substantiv *Vorhaben*. Die anderen Begriffe werden mit Kommata abgetrennt. Man könnte noch *„inhaltliche Ziele“* einfügen. So könnten wir das insgesamt diskutieren. Die Verwaltung müsste nicht mehr - wie Sie schon gesagt haben - das relativ bürokratische Zielesystem vorlegen. Ich weiß nicht, ob das so Konsens wäre.

StR Altmann:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Vorgehensweise kann ich mich auch anfreunden und ich kann hier mitgehen. Trotzdem möchte ich noch Folgendes anmerken: Wir hatten diesen interfraktionellen Arbeitskreis eingerichtet, um solche Problematiken zu besprechen. Der Arbeitskreis hat auch schon mehrfach getagt. Warum hat man dieses Gremium jetzt nicht genutzt? Dann hätten wir heute diese Diskussion nicht. - (Zwischenrufe) - Jetzt haben das die zwei Großen im stillen Kämmerlein „ausgekartelt“, ohne die anderen zu beteiligen. Wenn Sie uns alle mit im Boot haben wollen, auch die Oppositionsparteien, auch wenn sie noch so klein sind, reden Sie mit uns! Geben Sie uns nicht immer das Gefühl, wir brauchen Euch nicht. Das kommt heute wieder sehr klar zum Ausdruck. Deswegen plädiere ich dafür, solche Maßnahmen und so wichtige Punkte auch dort zu besprechen. Dafür haben wir den interfraktionellen Arbeitskreis eingerichtet. Es ist egal, wann man es auf die Tagesordnung setzt, wir haben mehrere Termine. Dort soll man es beraten, möglichst im Vorfeld schon, dann hätten wir uns die Debatte heute gespart. - (Zwischenrufe)

StRin Haider:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag gefällt uns recht gut, aber uns fehlt immer noch das Jahr 2016. Wir würden gerne, wie die Kollegin Wolf es ausgeführt hat, auch die Referatsziele sehen. Es ist ohnehin so, dass jedes Referat eigene definiert und sie darlegt. Das kann gerne erst Anfang 2016 passieren, wenn es zeitlich eng wird. Dieses Jahr fehlt uns sonst. Danke!

BMin Strobl:

War das jetzt ein weiterer Änderungsantrag?

StRin Haider:

Ja, das muss fast so sein.

BMin Strobl:

Das hieße also, das Zielesystem wird für das Jahr 2016 beibehalten. - (StRin Haider: Nein!) - Anders geht es doch nicht! - (Zwischenrufe) - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sollen wir es denn sonst machen? - (Zwischenrufe) - Wir werden ein neues System nicht mehr so schnell hinbekommen! Wenn wir heute Ziffer 1 nicht beschließen, wird das ganze System noch einmal vorgelegt werden müssen. So einfach ist das!

StRin Haider:

Uns geht es wirklich nicht um dieses ZIMAS, sondern um die Ziele. In der Vorlage steht, jedes Referat erstelle eigene referatsinterne Ziele. Warum kann man diese nicht dem Stadtrat mitteilen - in einer formlosen Art und Weise? - (Zwischenrufe)

BMin Strobl:

Was heißt formlos? Soll man schreiben, dass wir weiterhin bezahlbaren Wohnraum schaffen? Das wäre zum Beispiel eines der typischen Stadtratsziele. - (Zwischenrufe, Unruhe) - Die anderen haben wir beschlossen, weil es operatives Geschäft ist. Ich schlage vor, wir stimmen jetzt über Ihren Änderungsantrag ab, das Zielesystem auch für 2016 in einer formlosen Art und Weise vorzulegen. Darüber kann der Stadtrat jetzt abstimmen. - (Zwischenruf) - Herr Dr. Roth, ziehen Sie Ihren mündlichen Änderungsantrag zurück? Ich habe den Text umformuliert und würde Ihnen die Änderung gerne noch einmal vorstellen. - Glocke!

Ziffer 2 soll folgendermaßen lauten:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im Laufe des Jahres 2016 ein Konzept für eine stärkere Einbindung des Stadtrates im Hinblick auf künftig finanzwirksame Vorhaben, Planungen und inhaltliche Ziele der Fachreferate vorzulegen. Das Konzept wird dem interfraktionellen Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung vorgelegt und dort diskutiert.“

Die Ergebnisse können wir uns dann ansehen. Das wäre jetzt eine neue Fassung. Frau Kollegin Haider, ich stelle trotzdem Ihren Antrag zur Abstimmung, so wie Sie ihn mündlich vorgetragen haben: *„Die Ziele der Referate für 2016 werden dem Stadtrat formlos bekanntgegeben.“* So war ja wohl Ihre Intention.

Der von BMin Strobl modifizierte mündliche Änderungsantrag von Stadträtin Haider wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Referentenantrag wird unter Berücksichtigung der Modifizierungen in Ziffer 2 von BMin Strobl gegen die Stimmen von DIE LINKE., ÖDP und BIA **beschlossen**.

- OBM Reiter übernimmt den Vorsitz -

Darstellung der aktuellen Flüchtlingssituation in München
Antrag Nr. 1361 von SPD und CSU
vom 14.09.2015

Aktensammlung Seite 2471

OBM Reiter:

Wir sind bei Tagesordnungspunkt A 13 öffentlich, Flüchtlingssituation in München. Wer hat das aufgerufen? Ich höre, dass sich der Aufruf erledigt hat und sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

EU-Projekt Smarter Together

Endgültiger EU-Antrag, Personal und Finanzierung

Aktensammlung Seite 2473

StR Amlong:

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion möchte sich noch mehr damit beschäftigen, wie die Stellenschaffungen mit dem Fördervolumen zusammenhängen, das wir damit generieren. Deshalb bitten wir um eine Vertagung in den kommenden Planungsausschuss nächsten Mittwoch.

BM Schmid:

Vielen Dank. Die Vertagung stand schon im Raum, als wir die Tagesordnung durchgegangen sind. Es war noch zu klären, welche Vertagung wohin möglich ist. Es entspricht guter Übung, zu vertagen, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf hat bezüglich der Einzelheiten. In dem Fall geht es um die Frage der Stellenaufteilung und Stellenzuschaltung. Möglich ist die Vertagung in den nächsten Planungsausschuss. Herr Oberbürgermeister, wir müssten dann einen gemeinsamen Planungs-/Wirtschaftsausschuss vorschalten, weil auch die Vorlage von zwei Referaten kommt. Ursprünglich war sie auch auf der Tagesordnung des gemeinsamen Planungs-/Wirtschaftsausschusses. Das erachte ich aber nicht als Problem. Für den Stadtrat möchte ich einen Überblick geben, welche Fristen bei dem Projekt laufen:

Am 10. November 2015 muss ein fertig ausgehandelter Vertrag mit der EU unterschrieben werden. Im Vorfeld müssen wir unsere Vorstellung im Dreier-Konsortium mit unseren Partnern Lyon und Wien abgeben. Wien und Lyon haben die Federführung im Konsortium. Insofern erscheint eine Vertagung bis nächste Woche möglich. Mit der Indikation aus dem gemeinsamen Ausschuss muss München an Lyon herantreten. Lyon wiederum muss das Ergebnis abstimmen mit dem anderen Konsortialpartner Wien. Das ist dann gegenüber der EU zu verhandeln, so dass am 10. November 2015 ein Vertrag mit der EU unterschrieben werden kann. Eine Vertagung in den nächsten Planungsausschuss ist akzeptabel. - (StRin Dietl: Es ist aber doch ein VB-Beschluss! - StR Dr. Mattar: Formal ist es erst am 21. Oktober gültig!) - Genau, formal ist der Beschluss erst am 21. Oktober 2015 endgültig. Das ist richtig. Insoweit müssen wir dieses kleine Risiko eingehen. Ich würde es als auf Null geschrumpft bezeichnen. Wir müssen mit dem Ergebnis aus dem gemeinsamen Wirtschafts-/Planungsausschuss weiter verhandeln, im Vertrauen darauf, dass die Vollversamm-

lung dann das Gleiche beschließen wird. Sonst machen wir uns gegenüber den Konsortialpartnern und gegenüber der EU lächerlich. Das hätte aber dann der Stadtrat zu verantworten, wenn er in der Vollversammlung anders entscheidet.

StRin Dietrich:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmid, Sie haben es gerade auch noch einmal gesagt: Wir müssen aufpassen, dass wir uns hier nicht lächerlich machen. Wir möchten diese Vorlage heute so beschließen. Natürlich ist es Tradition zu vertagen, wenn eine Fraktion einen Vertagungsantrag stellt. Es war Tradition! In der letzten Zeit ist es häufiger vorgekommen, gerade bei Vertagungsanträgen von unserer Fraktion, dass diesen nicht entsprochen wurde. Das hier ist aber schon die zweite oder dritte Vertagung. Wir haben uns ausführlich damit beschäftigt. Alle Fraktionen hatten Gelegenheit, sich ausführlich damit zu beschäftigen.

Wir haben dieses Leuchtturmprojekt „Smarter together“ in der Europa-Kommission umfassend diskutiert. An der Stelle spreche ich meinen Dank an das Referat für Arbeit und Wirtschaft, an den Fachbereich Europa aus, der es hervorragend vorbereitet hat. Wir haben über das Thema sehr ausführlich diskutiert. Es wurde uns auch sehr ausführlich dargestellt. Wir freuen uns sehr darüber, dass München den Zuschlag bekommen hat. Ich denke, entweder man will das Projekt, oder man will es nicht. Wenn man das Projekt will, muss man es auf den Weg bringen. Wenn ich auf den Zeithorizont blicke, stelle ich fest, dass es mit der nächsten Sitzung sehr eng wird. Wir verstehen überhaupt nicht, dass man jetzt nach dieser langen Zeit und nach diesem langen Vorlauf nicht sagen kann, wir haben den Zuschlag. Wir liefern uns der Gefahr aus, uns lächerlich zu machen. Deswegen wollen wir keine Vertagung. Wir haben über das Thema ausführlich diskutiert und würden es heute gerne beschließen. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Der Vertagungsantrag der SPD in die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung mit dem Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 07.10.2015 wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE.

beschlossen.

OBM Reiter:

Es bleibt bei einer Vertagung in die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung mit dem Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, die vor dem regulären Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung stattfindet. Ich bitte das Direktorium, entsprechend einzuladen, damit wir die Fristen einhalten können.

**Eine angemessene Aufwandsentschädigung für alle Praktikantinnen und Praktikanten
in München**

**Antrag Nr. 1101 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL
vom 16.06.2015**

Aktensammlung Seite 2491a

StR Dr. Roth:

Wir wollen den Änderungsantrag mit dem gleichen Inhalt wie im Ausschuss einbringen, dass nämlich in Zukunft möglichst sämtliche Praktika, die über Schülerpraktika hinausgehen, vergütet werden.

StRin Messinger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage zeigt sehr genau, wann wir Praktikantinnen und Praktikanten zahlen, nämlich wenn dies tariflich oder gesetzlich geregelt ist und/oder wenn für uns einzelne Studiengänge interessant sind und wir die Praktikantinnen und Praktikanten nachher einstellen wollen. Darüber haben wir im Ausschuss ausführlich diskutiert. Auch der Personalreferent hat damals Stellung genommen. Wir bleiben dabei, den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL abzulehnen.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL Nr. 1405 wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und DIE LINKE. **abgelehnt.**

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL **beschlossen.**

Langzeiterkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- Abfrage bei den städtischen Referaten und Eigenbetrieben

Antrag Nr. 954 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 24.04.2015

Aktensammlung Seite 2491c

- (StR Dr. Roth: Änderungsantrag wie im Ausschuss!)

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL Nr. 1401 wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Nahverkehrsplan (NVP) der LHM

Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 2511

- (Anhaltende Unruhe - StR Dr. Mattar: Wir haben das alles schon diskutiert!)

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über den Nahverkehrsplan schon im Ausschuss diskutiert. Das ist uns klar. Wir sind dort sehr detailliert darauf eingegangen. Heute gibt es keine Grundsatzdiskussion. Aber wenn sich die Wenigen hier bitte den Änderungsantrag anschauen! Er ist etwas abgespeckt und verändert. Wir versuchen, zumindest zu retten, was zu retten ist, nachdem Sie teilweise mit unseren vielen Vorschlägen zum Nahverkehrsplan etwas überfordert waren. - (StR Dr. Mattar: Überfordert waren wir nicht!) - Vielleicht war das dadurch bedingt, dass wir auch optionale Maßnahmen aufnehmen wollten. Dafür gab es hier keine Mehrheit.

Ich weiß nicht, ob es schon angeklungen ist: Ein großes Thema war, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nicht verlängert wird. In der Presse konnte man am Wochenende lesen, dass es in gleicher Höhe wie bisher verlängert werden soll. Das ist vielleicht doch eine gute Entwicklung zwischen der Ausschusssitzung und dem heutigen Plenum. Wir haben in unserem Änderungsantrag noch einen völlig neuen Punkt eingebracht. Es geht um Barrierefreiheit. Zu den Punkten im Einzelnen:

Bei der U9 gehen wir so weit mit, dass es weiter geprüft wird. Wir wollten das Thema Kostenschätzung noch fest verankern. Es gehört einfach dazu und ist für uns der Hauptknackpunkt bei der U9. Wir wollen, dass man den Punkt um die Kostenschätzung ergänzt.

In Punkt 8 neu geht es um die Blumenau. Ich erinnere die Mitglieder des Bauausschusses, dass wir damals, als wir die U-Bahn nach Pasing besprochen haben, extra eine Abzweigung zur Blumenau vorgesehen haben. Die Option ist also im Hinterkopf, anderenfalls hätten wir bei der Diskussion im Bauausschuss diese nicht vorsehen müssen. Deswegen bitten wir, dies als Option in den Nahverkehrsplan aufzunehmen. Sonst wäre die Diskussion im Bauausschuss überflüssig oder sinnlos gewesen. Ich denke, wenn man schon eine solche Option vorgesehen hat, macht es Sinn, dass man diese im Nahverkehrsplan berücksichtigt.

Zur Erschließung der Paul-Gerhardt-Allee, S-Bahn-Halt Berduxstraße: Sie waren sehr empört, dass wir eine Vorfinanzierung vorgesehen haben. Wir haben gesagt, wir wollen intensiv verhandeln. Da es kritisch gesehen wird, dass die S-Bahn dort zusätzlich hält, muss man sagen: Am Hirschgarten halten vier S-Bahnen zusätzlich im Gegensatz zu früher. Ich weiß nicht genau, wie groß dort der Einzugsbereich ist. Ich schätze ihn auf etwa 10.000 Einwohner. Dann sollte doch für 5.000 oder 6.000 Einwohner zumindest *eine* S-Bahn halten können. Wir halten es für vernünftig.

Die Forcierung der Tram-Westtangente ist das Projekt, das am weitesten ausgereift ist. Das wollen wir unbedingt weiter vorantreiben.

Den neuen Punkt bezüglich der Barrierefreiheit haben wir in der Ausschusssitzung noch nicht beantragt. Wenn Sie auf den Text blicken, sehen Sie auf zwei Seiten Ausführungen zur Barrierefreiheit. Es wird angesprochen, dass man einen Masterplan bräuchte, um die Barrierefreiheit einzubringen. Das taucht aber im Antrag der Referentin nicht auf. Deswegen wäre es wichtig, es in eine Beschlussform zu gießen. Natürlich gibt es die gesetzlichen Anforderungen. Im Jahr 2022 soll Barrierefreiheit gegeben sein. Aber das alleine ist zu wenig. Es muss von Seiten der Kommunen einen konkreten Plan geben, wie man das macht und in welchen Schritten, wo man die Prioritäten setzt und wie man es finanziert. Ich denke, es gehört in ein Konzept mit hinein, dass man nicht nur den Wunsch äußert, es zu brauchen und anzustreben, sondern es mit konkreten Maßnahmenschritten und einer Finanzierung hinterlegt.

Ich bitte Sie um hohe Konzentration, denn ich möchte gerne unseren Änderungsantrag noch mündlich ergänzen. In Punkt 11 neu soll der erste Satz wie folgt ergänzt werden:

„... wird ein Umsetzungskonzept vom Planungsreferat unter Einbeziehung von Verkehrsunternehmen und Baulastträger bis zur Sommerpause 2016 erstellt.“

Das wäre wichtig, damit die Zuständigkeit geklärt ist. Natürlich ist das Planungsreferat für den Nahverkehrsplan zuständig. Aber man muss es noch einmal erwähnen: Vom Planungsreferat unter Einbeziehung von Verkehrsunternehmen und Baulastträger. Das wären unsere Änderungspunkte. Sie sind deutlich abgesteckt und für Sie vielleicht etwas zustimmungsfähiger. Es sind wichtige Themen für uns.

Danke schön. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Dr. Mittermaier:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben tatsächlich schon in der letzten Woche sehr ausführlich über den Nahverkehrsplan diskutiert. Herr Bickelbacher, wir haben gesagt, wir finden es schwierig, wenn auf der Zielgeraden völlig neue Vorschläge kommen. Wir haben Sie deshalb gebeten, diese neuen Punkte in Stadtratsanträge zu gießen; dann werden sie natürlich ordentlich behandelt. Die Verwaltung kann dazu Stellung nehmen, und wir können uns eine Meinung bilden. So ist es schwierig, sie auf der Zielgeraden im letzten Augenblick einzubringen. Das ist nicht sinnvoll.

Ihr Änderungsantrag enthält nach wie vor Punkte, die eigentlich die Beschlusslage des Stadtrats darstellen und die systematisch nicht in eine Fortschreibung des Nahverkehrsplans passen. Dort werden bei einer Fortschreibung nur Maßnahmen beschlossen, die tatsächlich eine Änderung bewirken. Deshalb macht es keinen Sinn, diese Punkte erneut zur Abstimmung zu stellen. Wir lehnen den Änderungsantrag insgesamt wieder ab. Herzlichen Dank.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, so strikt sollten wir nicht miteinander umgehen. Ich glaube, dass zwei Punkte des Änderungsantrags durchaus sinnvoll sind, insbesondere Punkt 8. Wir sind in der Tat der Meinung, dass dies ein Projekt ist, das offengehalten werden soll. Es ist zwar schon Beschlusslage, aber es gehört in den Verkehrsentwicklungsplan. Von daher wäre es konsequent. Punkt 9 wurde beim letzten Mal nur abgelehnt wegen der Bereitschaft, von vornherein die Vorfinanzierung anzubieten. Jetzt ist dies draußen. Weil sich der Freistaat nicht bewegt, müssen wir immer wieder Druck machen. Das ist der Punkt. Wir müssen dran bleiben.

Herr Dr. Mittermaier, beim letzten Punkt bin ich bei Ihnen. Die Frage der Barrierefreiheit sollten wir gesondert intensiv betrachten. Ich halte es für völlig unrealistisch, dass die Verwaltung schon 2016 ein Konzept vorlegen kann.

Vielen Dank.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL:

Ziffer 6 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Ziffer 8 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, Bürgerliche Mitte - FW/BP und ALFA **abgelehnt**.

Ziffer 9 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP, DIE LINKE., Bürgerliche Mitte - FW/BP und ALFA **abgelehnt**.

OBM Reiter:

Ich sage es trotzdem: Natürlich werden wir das versuchen. Ich glaube, das machen wir als Standardprogramm sowieso. Ich bedanke mich auch, dass der Hinweis angekommen ist: Wir wollen nicht vorfinanzieren. Im Gegenzug werden wir, auch wenn wir es formal nicht beschlossen haben, versuchen, es umzusetzen.

Ziffer 10 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

OBM Reiter:

Auch hierzu eine Anmerkung zu Protokoll: Es liegt durchaus in meinem Sinne, das Projekt in absehbarer Zeit einer Entscheidung zuzuführen. - (Vereinzelte Beifall) - Diskutiert haben wir darüber relativ ausdauernd. Auch das werden wir also noch entscheiden.

Ziffer 11 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Kommunales Wahlrecht für alle! Jetzt einführen!
Antrag Nr. 1080 von Bündnis 90/Die Grünen/RL
vom 27.05.2015

Aktensammlung Seite 2541

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich möchte es bei diesem Tagesordnungspunkt relativ kurz machen. Dieser Antrag ist natürlich ein reiner und relativ unsäglicher Schaufensterantrag. Ein pauschales Wahlrecht für alle Nicht-EU-Ausländer zu fordern ist ein Unding. Es steht bekanntlich auch im Widerspruch zur geltenden Rechtslage. Jeder weiß, dass hier Klientelpolitik betrieben und versucht wird, die eigene Wählerbasis zu verbreitern, weil von dieser Maßnahme natürlich in erster Linie die Grünen profitieren würden. Wenn man pauschal allen Ausländern ein Mitbestimmungsrecht zuteilen möchte, dann ist nach Lage der Dinge vollkommen klar, dass davon im Augenblick die Grünen als die "Pro-Zuwanderungspartei par excellence" profitieren würde. Das muss nicht sein.

In der Beschlussvorlage ist insofern bemerkenswert, als sich auch das Kreisverwaltungsreferat dahin gehend positioniert, und das vollkommen übereinstimmend mit der geltenden Gesetzeslage, dass ein Mitbestimmungsrecht für Ausländer in Deutschland zumindest eine EU-Staatsbürgerschaft zur Voraussetzung haben sollte. Es gibt keinen Grund, hieran etwas zu ändern. Ein klein wenig entlarvend ist allerdings schon die Feststellung in der Beschlussvorlage, in der das Kreisverwaltungsreferat empfiehlt, man sollte möglichst vermeiden, eine offene Ablehnung eines Vorstoßes zugunsten eines pauschalen Nicht-EU-Ausländerwahlrechts in einem der zuständigen Gremien zu provozieren. Das lässt doch auch ein wenig die Spielrichtung erkennen. Es ist kein gutes Spiel, das hier betrieben wird.

Vor kurzer Zeit habe ich einen eigenen Antrag hierzu eingereicht. Es wäre statthaft gewesen, dass er hier gleich mit abgearbeitet wird. Er hat wahrscheinlich die Hürden der Verwaltung noch nicht geschafft. Deswegen möchte ich mir erlauben, den Antrag vom 21.09.2015 als Änderungsantrag zu stellen. Der Textvorschlag im Antrag soll lauten:

„Der Oberbürgermeister setzt sich weder beim Bayerischen noch beim Deutschen Städte- tag, noch im Rahmen irgendeines anderen geeigneten Forums dafür ein, dass die Vor- aussetzungen für ein kommunales Ausländerwahlrecht geschaffen werden.“

Das stelle ich Ihnen anheim. Ich würde mich über einen zahlreichen Zuspruch herzlich freuen.
Besten Dank.

StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Antrag auch ablehnen, allerdings nicht aus grundsätzlicher Ausländerfeindlichkeit wie der Kollege, sondern weil wir in diesem Punkt gerne dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann folgen wollen. Er sagt ganz klar, dass es mit der Rechtsstaatlichkeit Probleme gibt, wenn man solche An- strengungen unternimmt. Das Wahlrecht für EU-Bürger ist eine Ausnahme, die wohlbegründet und auch gut ist. Aber es ist kein Türaufstoßen in die Richtung, die dieser heutige Antrag nun unterneh- men will.

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister! Seit gestern gibt es keine neuen Erkenntnisse. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen. Wir werden aber auch den Änderungsantrag der BIA ablehnen, weil es nur ein Versuch ist, die Gegner des Ausländerwahlrechts zu instrumentalisieren.

Der mündliche Änderungsantrag der BIA wird gegen die Stimme der BIA **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von CSU, Bürgerliche Mitte - FW/BP, ALFA und BIA **beschlossen**.

**München sagt „Danke“
„WIR. Stimmen für geflüchtete Menschen“
Konzert am Odeonsplatz/Königsplatz am 11.10.2015**

Aktensammlung Seite 2547

OBM Reiter:

Ich habe die Beschlussvorlage zum Dringlichkeitsantrag verteilen lassen und auch schon dazu eingeführt. Wenn noch der Wunsch nach Aussprache besteht, können wir dies gerne tun. Gibt es Wortmeldungen? - Nein.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 1416 des Oberbürgermeisters wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen.**

OBM Reiter:

Wir sind am Ende der öffentlichen Sitzung angelangt. Ich darf mich von den Gästen verabschieden und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 11:10 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt. -

München, 30. September 2015

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll